

Die USA und Japan blockieren IWF Kredite

Auf der Sitzung des IWF-Verwaltungsrates am 13. September wurde auf Betreiben der USA und Japan die Auszahlung von Krediten an Vietnam abgelehnt, obwohl die übrigen "Anteilseigner" Großbritannien, die Bundesrepublik und Frankreich und Generalsekretär Michel Camdessus selbst sich dafür ausgesprochen hatten. Vietnam war 1985 die Kreditwürdigkeit wegen Rückzahlungsschwierigkeiten eines 130 Mio. US\$ Kredites abgesprochen worden. Man hatte sich jedoch inzwischen darauf geeinigt, daß 1/3 von Vietnam aufgebracht wird und für den Rest kommerzielle Kredite mit Hilfe von IWF-Zusagen mobilisiert werden. Ein Versuch Vietnams, die 200 Mio. in den USA seit 1975 eingefrorenen US\$ dafür freizubekommen, war gescheitert.

Die USA hatten die Kreditvergabe des IWF an die Bedingung des Abzugs der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha geknüpft, bestanden jetzt jedoch auf Vietnams Beteiligung an einer "umfassenden politischen Lösung" des kambodschanischen Konfliktes. Der Verwaltungsrat kritisierte die politischen Bedingungen, weil Vietnam ein "wirtschaftliches Wohlergehen" aufzuweisen hat. Aus Rücksicht auf Einzahlungen der USA und Japans für das IWF-Budget 1991-1993, die Mitte 1990 anstehen, fügte sich der Verwaltungsrat den Bedingungen der USA.

Die von Vietnam seit dem sechsten Parteitag vom Dezember 1986 eingeleiteten und seit Mitte 1988, erneut seit März 1989 forcierten Wirtschaftsreformen werden als "radikaler als in China seit 1979" gewertet. Der Dong wurde drastisch entwertet und auf 4.300 Dong für einen US\$, fast auf das Niveau des Schwarzmarktes von 5.000 Dong, herabgesetzt. Zur Bekämpfung der Inflation wurden die Sparzinsen auf 12 % pro Monat für drei Monate-Deposite heraufgesetzt (ab 1. Juni auf 9 %). Die Inflation wurde von zweistelligen Zahlen Ende 1988 in den vergangenen Monaten unter 10% pro

Monat gedrosselt. Nach den Auflagen des IWF darf sie bis Mitte 1990 monatlich 1% nicht übersteigen. Subventionen wurden weitgehend abgebaut, und bis auf Energie und Transport wurden alle Preise freigegeben, einschließlich für das Grundnahrungsmittel Reis. Die zentrale Wirtschaftsplanung wurde beseitigt und die Autonomie aller Betriebe eingeführt. Das Investitionsgesetz kann nicht liberaler gestaltet werden. Ausländischen Investoren wird ein Kapitalanteil bis zu 99 % eingeräumt, in den Export-Produktions-Zonen 100 %. Ganz entgegen sozialistischen Vorstellungen wird ausländischen Unternehmen ein "freies Anwerben und Entlassen" (hire and fire) von Arbeitskräften gestattet.

Die Ablehnung von Krediten durch den IWF hat direkte Auswirkungen auf das Kreditverhalten der Weltbank. Auch die Kredite der Weltbank, die wegen des niedrigen Pro-Kopf-Einkommens Vietnams unter 200 US\$ die günstigeren Bedingungen des Internationalen Entwicklungsverbandes IDA hätten, werden zurückgestellt.

vgl. BP v.10.6 ; IHT v.11.9.; FEER v.28.9.89

Vietnams Partei ist besorgt über Reformen im Ostblock

Zum Abschluß der Sitzung des Zentral-Komitees vom 15.-24. August verkündigte Generalsekretär Nguyen van Linh ein "hohes Maß an Übereinstimmung" und wandte sich gegen "bürgerliche Liberalisierung, Pluralismus, politische Pluralität, ein Mehrparteien-System und die Ablehnung des Marxismus-Leninismus und der Führungsrolle der Kommunistischen Partei." Für die Unruhen in den Ländern des Ostblocks machte er das Ausland verantwortlich: "Die Imperialisten richten stärker als je zuvor in verzweifelten Versuchen und mit hinterhältigen Tricks die Speerspitze auf die sozialistischen Länder." Und mit Blick auf die UdSSR, Polen, Ungarn und die DDR: "Wir bringen unsere tiefste Besorgnis über die Gefahren zum Ausdruck, die dem Sozialismus in eini-

gen Bruderländern drohen." Michael Gorbatschow wurde in der Abschlusßerklärung mit keinem Wort erwähnt, dagegen wurde jedoch Fidel Castro wegen seines Eintretens für den Sozialismus lobend hervorgehoben.

Im Unterschied zur UdSSR wurde kein Grußtelegramm an die neue polnische Regierung und Premierminister Tadeuz Mazowiecki geschickt. Dagegen wurde in Hanoi eine Massenveranstaltung durchgeführt, auf der die "konterrevolutionären Kräfte" Polens verdammt wurden. Die Frauen-Union Vietnams wandte sich mit einer Solidaritätserklärung für die Kommunistische Partei Polens an die polnische Botschaft. Die Parteizeitung Nhan Dan (Das Volk) plädierte dafür, "einen entschlossenen Kampf gegen anti-kommunistische Kräfte zu führen, um das Land aus der gegenwärtigen Krise zu befreien."

Um der Verbreitung von Ideen aus dem Westen vorzubeugen, werden akademische und kulturelle Kontakte und Austauschprogramme reduziert, die seit dem sechsten Parteitag vom Dezember 1988 stark zugenommen hatten. Ein amerikanisch-vietnamesischer Akademikerkongreß, der für Anfang 1990 vorgesehen war, wurde vorläufig um sechs Monate verschoben. Auch die für Dezember 1989 geplante Wirtschaftskonferenz zu Indochina in Ungarn wurde abgesagt und auf unbestimmte Zeit verschoben.

In Ho Chi Minh Stadt wurden die Chefredakteure der beiden einflußreichsten Zeitungen abgelöst. Der Chefredakteur To Hoa wurde bei Saigon Giai Phong (Freies Saigon) wegen eines Artikels entlassen, in dem die Änderung der Verfassung gefordert wurde. Vu Kim Hanh, Systemkritiker und Chefredakteur des kritischen Jugend-Magazins Tuoi Tre, wurde von Hong Dang, einem Vertrauten des Generalsekretärs der Partei, abgelöst.

Ein Kritiker aus der Partei verglich die Unterdrückung von Reformen mit einem Sturm, der abzieht, bevor ein Taifun einsetzt.

vgl. FEER v.14.9. und 5.10.89

Die Veteranen der Revolution verlangen Reformen

Der "Klub ehemaliger Widerstandskämpfer" von Ho Chi Minh Stadt hat sich mit einer Erklärung ans Zentralkomitee der Partei und die Nationalversammlung in Hanoi gewandt und die Durchführung von Reformen verlangt, die auf dem sechsten Parteitag vom Dezember 1988 in Aussicht gestellt wurden. Er gibt außerdem eine regelmäßig erscheinende Zeitschrift: "Tradition und Widerstand - Stimmen der Widerstandskämpfer," heraus, die von der Partei unterdrückt wird. Die Erklärung war von über 100 führenden Widerstandskämpfern aus dem Süden unterzeichnet worden, zu denen General Tran van Tra gehört, der "Befreier Saigons" von 1975; Tran Bach Dang, der erste Stadtsekretär der Partei von Saigon; Nguyen Ho, der erste Vorsitzende des Volkskomitees der Stadt; Nguyen van Tran, ehemaliger Botschafter in der UdSSR; Phan Trong Tue, ehemaliger Minister für Transport- und Kommunikationswesen; Nguyen Khang, ehemaliger Botschafter in China und Ha Huy Giap, ehemaliger Vize-Erziehungsminister. Sie forderten die Ablösung von fünf Ministern, u.a. des Ministers für Finanzen, für Landwirtschaft und des Direktors der Nationalbank und verlangten eine stärkere Kontrolle des Staatsrates und des Ministerrates. Die Gruppe äußerte zum ersten Mal öffentlich Kritik an der ungleichen Behandlung der revolutionären Kräfte des Südens, die nach Auflösung der Nationalen Befreiungsfront und der Wiedervereinigung des Landes von 1976 in die Bedeutungslosigkeit versunken waren. Die Kritik richtete sich auch vor allem gegen die wirtschaftliche Misere des Landes, die seit der Anpassung der Wirtschaft an die Kreditbedingungen des IWF voll zum Ausbruch gekommen ist.

Nguyen van Linh und Vize-Premierminister Vo van Kiet, die versprochen hatten, den Reformforderungen aus dem Süden mehr Rechnung zu tragen, konnten sich nicht durchsetzen. Die geplante Partei-



Ho Chi Minh ist wieder gefragt
(aus: Thang Loi, Vietnam, 1975)

konferenz, die nach sowjetischem Vorbild den Reformprozeß fördern sollte, wurde vom ehemaligen Generalsekretär und unverändert mächtigsten Mann der Partei Le Duc Tho, blockiert.

Die orthodoxen Parteifunktionäre haben Besorgnis über eine Bündnis der Revolutions-Veteranen mit den Intellektuellen und Militärskadern des Nordens geäußert. Denn in Militärkreisen herrscht unverändert Entrüstung über die Entlassung von General Vo Nguyen Giap, dem legendären Feldherrn von Dien Bien Phu, aus dem Politbüro und dem Verteidigungsministerium von 1982, obwohl er auf dem Parteikongreß der Armee mit der höchsten Stimmenzahl erneut für die Ämter vorgeschlagen worden war.

Worin die Kritik an Funktionären besteht, zeigte die Oppositionsbewegung in einem Kriterienkatalog zur Wahl des Premierministers von 1988, wofür sie Vo van Kbiet und nicht Do Muoi favorisiert hatte, der das Vertrauen der orthodoxen Funktionäre besitzt. Er darf nicht: "konservativ und orthodox sein, sich wie ein Mandarin verhalten, eine mechanistische Denkweise besitzen, mehr reden als tun, das eine sagen und was anderes tun, ernstzunehmende Irrtümer mit verheerenden Langzeitfolgen begangen haben." Es geht nicht um die Abschaffung des Marxismus-Leninismus, sondern um größere Offenheit in der Parteiführung und mehr innerparteiliche Demokratie.

Auf eine Anfrage, weshalb Vietnam weit hinter die vier "Drachen" Südostasiens (Hongkong, Singapur, Süd-Korea

und Taiwan, sonst auch "Tiger" genannt) zurückgefallen sei, erwiderte der Premierminister auf dem sechsten Gewerkschaftskongreß am 19. Oktober 1988: "Wir sollten uns nicht mit jenen vier Drachen vergleichen. Denn wenn Vietnam ein Drache würde, müßten wir die Fahne des Marxismus-Leninismus tief herunterhängen". Darauf konterte die "Stimme der Widerstandskämpfer" mit der Anmerkung, daß unter der Bevölkerung jedoch der Eindruck besteht, daß die Fahne des Marxismus-Leninismus durch das Versagen der Partei längst auf dem Tiefpunkt hängt.

vgl. FEER v.5.10. und 26.10.

Ho Chi Minhs Testament und die Opposition

Das Politbüro der Partei teilte am 19. August in einem Komunique mit, daß Ho Chi Minhs Testament noch nicht vollstreckt worden ist. Der vollständige Text, der drei maschinengeschriebene und sechs handgeschriebene Seiten umfaßt, soll erst am 19. Mai 1990, am 100. Geburtstag von "Onkel Ho", veröffentlicht werden. Bekannt geworden ist bereits, daß Ho Chi Minh die Bauern nach der Befreiung des Landes ein ganzes Jahr lang von Steuern befreien wollte. Aus "Mangel an günstigen Bedingungen" sei das Vermächtnis bisher nicht ausgeführt worden, so das Politbüro. Das Zentralkomitee hat inzwischen jedoch den Ministerrat angewiesen, entsprechende Schritte zur Verwirklichung auszuarbeiten. Vu Ky, der persönliche Sekretär Ho Chi Minhs, hat verraten, daß Ho Chi Minh nach seinem Tode eingäschert und nicht in einem Mausoleum im Lenin-Stil zur Schau gestellt werden wollte. Seine Asche sollte auf drei Urnen für die drei Landesteile Vietnams verteilt werden.

Die Kritiker der Partei vermuten, daß Ho Chi Minhs Testament Positionen enthält, die ihrer Kritik nahekommen und den bisherigen Kurs der Partei in Frage stellen. Sie bezweifeln, daß Ho Chi Minh die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft, die Verstaatlichung des Handels, die unver-

mittelte Einführung des Sozialismus nach dem Muster der UdSSR und die Einigung des Landes durch staatliche Verordnung unmittelbar nach der Befreiung beabsichtigte. Sie vertreten, daß Ho Chi Minh keine gesellschaftliche Entwicklung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus anstrebte. Marxismus-Leninismus wird mit keinem Wort in seinem Testament erwähnt. Nach ihrer Überzeugung plante Ho Chi Minh eine revolutionäre Veränderung auf der Grundlage der nationalen Tradition und nicht des Kommunismus nach Art der Länder des Ostblocks.

Das Politbüro erkläre, das Testament sei bisher nicht veröffentlicht worden, "aufgrund der höchsten Interessen der Nation, den vollständigen Sieg über die US-Aggression zu erringen und das Land wiederzuvereinigen."

Es herrscht eine allgemeine Spannung darüber, was das Testament enthält, wenn es am 19. Mai 1990 eröffnet wird, und in welchem Maße es die Opposition unterstützt. Manche meinen, daß genügend durchsickert oder das Testament entsprechend interpretiert wird, daß die Opposition schon vorher damit eine Bewegung gegen die Partei auslösen wird.

vgl. FEER v. 14.9.

Fluchtbewegung nach Hongkong

Bis Ende September waren 56.000 Vietnamesen nach Hongkong geflohen, wegen der gefährlichen Flucht über das Südchinesische Meer auch Boot-Menschen (boat people) genannt. Etwa die Hälfte war seit dem 15. Juni 1989, dem Stichtag für die Anerkennung von "Erst-Asyl" in Honkong, eingetroffen. Von den bisher 3.500 untersuchten Fällen, sind nur 424 Personen oder 12 % als Flüchtlinge anerkannt worden. Der Rest wird als Wirtschaftsflüchtlinge eingestuft und kann nicht durch die UN-Flüchtlingskommission UNHCR in Drittländer weitervermittelt werden.

Hongkong und Großbritannien erwägen eine Zwangsrepatriierung der Flüchtlinge nach Vietnam. Auf der internationalen Flüchtlingskonferenz

vom 16.-18. Oktober in Genf stieß man damit auf den Widerstand der UNHCR und der übrigen Teilnehmerstaaten. Die vietnamesische Regierung ist nur bereit, freiwillige Rückkehrer zu akzeptieren. Inzwischen sind 1.600 Flüchtlinge aus Hongkong zurückgekehrt, für die die UNHCR eine Wiedereingliederungsbeihilfe in Höhe von 30 US\$ pro Kopf und Monat für die Zeitdauer von 12 Monaten zahlt. Wegen der Wiedereingliederungshilfe sind sehr viele Flüchtlinge bereit, in ihre Heimat zurückzukehren, da sie aus wirtschaftlicher Not geflüchtet sind und die "Sackgasse" ihrer Träume in den Lagern Hongkongs erkannt haben. Das Problem liegt in unzureichenden Mitteln der UNHCR für ein großangelegtes Rückbildungsprogramm und der Aufnahmekapazität Vietnams.

Inzwischen stammen 90 % der Flüchtlinge aus Nord-Vietnam, im Gegensatz dazu stammte derselbe Anteil zu Beginn der achtziger Jahre aus dem Süden. Die Flüchtlinge sind fast ausnahmslos vietnamesischer Abstammung. In den Jahren 1979-1980 waren sie zu 70 % chinesischer Abstammung, zurückzuführen auf die Spannungen zwischen Vietnam und China und die Pogrome gegen die Chinesen, in Vietnam auch Hoa genannt.

Das Leben in den engen und abgeschlossenen Lagern Hongkongs ist für die meisten Flüchtlinge unerträglich. Viele leiden unter Krankheiten und psychischen Störungen. In den Lagern kommt es täglich zu größeren Spannungen zwischen verfeindeten Gruppen, die gewaltsam ausgetragen werden. Unter der Bevölkerung Hongkongs wächst die Ablehnung der Boot-Menschen. Mitte September fanden drei große Demonstrationen gegen sie statt, die jedoch nicht gegen die Flüchtlinge direkt, sondern die mangelnde internationale Hilfsbereitschaft und die Regierung in Hanoi gerichtet war. Ende November war erneut eine große Zahl von Flüchtlingen in Hungerstreik getreten, um gegen die drohende Zwangsrepatriierung zu protestieren.

vgl. Vietnamese Refugees in Hongkong, OXFAM, v. 24.10.89; FEER v. 2.11.89



Wahlen ohne Parteien

Nach den Wahlen auf Kreisebene vom 26. Juni 1988 und auf Provinzebene vom 20. November 1988 sind nunmehr die Wahlen zur Obersten Volksversammlung am 26. März dieses Jahres durchgeführt worden. Damit wurden erstmalig seit der Machtübernahme der Pathet Lao im Jahre 1975 überhaupt allgemeine Wahlen abgehalten.

Die Kandidaten traten nicht als Vertreter einer Partei, sondern als Einzelpersonen auf, hinter denen allerdings die Patriotische Front und die Laotische Kommunistische Partei standen.

Wahlen auf Dorfebene lassen sich noch auf sich warten. Sie werden als heikelstes Thema angesehen, da die Partei in einem Drittel aller Dörfer entweder gar nicht existiert oder ungenügend konsolidiert ist.

In den Kreiswahlen wurden 2.410 Abgeordnete aus einer Liste von 4.462 Kandidaten gewählt. Damit war trotz der notwendigen institutionellen Sanktionierung der Kandidaten eine gewisse Auswahlmöglichkeit gegeben, bei der das Volk auch zum Teil Parteilosen gegenüber Parteiangehörigen den Vorzug gegeben hat. Bei den Provinzwahlen hingegen war das Kandidatenangebot geringer: es wurden 651 Abge-

ordnete aus der 898 Personen umfassenden Liste gewählt.

Zur Wahl der Obersten Volksversammlung hatten sich bei 98 % Wahlbeteiligung 121 Kandidaten (darunter 7 Frauen) um 79 Sitze beworben. An der Zusammensetzung der neuen (1975 lediglich ernannten) Obersten Volksversammlung fällt das weiterhin starke Übergewicht von Angehörigen der staatstragenden ethnischen Gruppe der Lao Loum auf (50 % der Bevölkerung, aber 66 der 79 Sitze), und die starke Unterrepräsentanz von Frauen (6 Frauen:74 Männer). 65 der gewählten Kandidaten gehören der einzigen zugelassenen Partei, der Kommunistischen Partei von Laos an, 14 sind parteilos. Besonders markant ist die Aufschlüsselung nach geographischen Bereichen: 31 sind in Organisationen beschäftigt, die der Zentralverwaltung unterstehen, 48 kommen aus den Regionen. Den starken Machtgruppen in der Peripherie, das sind Provinzparteivorsitzende, deren politische Seilschaften und ihre protegierte wirtschaftliche Basis, wurde mit diesen Wahlergebnissen Rechnung getragen. Auch das Militär, dessen wirtschaftliche Macht seit der Einführung eigener Forstbetriebe erstarkt ist, ist mit 5 Sitzen nunmehr angemessener repräsentiert.

Das Verhältnis von Parteimitgliedern (82 %) zu Parteilosen (18 %) in der Obersten Volksvertretung läßt weiterhin zu wünschen übrig, da die 40.000 Parteimitglieder lediglich 14 % der Gesamtbevölkerung ausmachen. Allerdings ist zu erwähnen, daß sich in Laos aufgrund ethnischer Heterogenität, fehlender politischer, technischer und ökonomischer Infrastruktur sowie geringen Bildungsstandes bisher weder eine demokratische noch eine nationale politische Kultur entwickelt hat, so daß die starke Überrepräsentanz institutioneller Mandatsträger im Sinne einer Bündelung von Erfahrung für die gesellschaftliche Entwicklung von Vorteil sein kann. Andererseits bürgt diese Überrepräsentanz die Gefahr des parteipolitischen Nepotismus in sich, wofür es bereits einige Belege gibt. Auch könnte sie im Zeichen des "neuen

Denkens" (chintanakan mai) und angesichts der zunehmenden ökonomischen Einbindung der subnationalen Bourgeoisien zu einer Blockierung neuer politischer Kräfte führen.

vgl. SOAA v. Mai u. Juli; FEER v. 16.2.89

Neue Geschäftsbeziehungen mit Thailand

Trotz der immer wieder stattfindenden militärischen Auseinandersetzungen zwischen Thailand und Laos hat sich seit der Ankündigung des thailändischen Premierministers Chatichai Choonhavan Ende 1988, den Kriegsschauplatz Indochina zu einem Marktplatz umzufunktionieren, eine wahre Flut von thailändischen Geschäftsleuten nach Vientiane, der laotischen Hauptstadt, bewegt. In ihrer Besessenheit, Konsumgüter gegen Holz, Gummi, Mineralien und andere Naturressourcen zu tauschen, sowie Investitionen im Bereich touristischer Infrastruktur zu tätigen, haben sie die Laoten überrannt. Hinzu kommt, daß einige Handelslizenzen, die vom laotischen Staat im Rahmen des neuen Auslandsinvestitionsgesetzes relativ freizügig vergeben werden, von thailändischen Mittelsmännern an meistbietende Ausländer weiterveräußert wurden. Kürzlich mußte eine Delegation thailändischer Geschäftsleute, die mit Geld und Joint-Venture-Verträgen in der Tasche in Vientiane erschienen waren, unverrichteter Dinge wieder abziehen. Dies deutet auf ein Überdenken der Bedingungen von Joint Ventures und der Handelslizenzvergabe hin, die mehr an den übergeordneten Interessen von Laos als an denen des Auslandskapitals ausgerichtet werden sollen.

Die neueren thai-laotischen Kontakte finden aber auch auf zahlreichen anderen Ebenen statt. Zu erwähnen sind Goodwill-Organisationen, Waffenstillstandsgespräche, Regierungskontakte, Verhandlungen im Rahmen des gemeinsamen Grenzkomitees und "Freundschafts"-Kontakte. Seit einem Jahr gibt es zudem rege Kontakte zwischen hohen Militärs beider Seiten. Letztere spielen eine wichtige Rolle, da das

thailändische Militär bekanntlich starke ökonomische Interessen besitzt und auch im Laos-Handel führend beteiligt ist. Auch wird die durch eigene Forstbetriebe bereits gestärkte ökonomische Rolle der laotischen Militärs durch diese Kontakte und den Ausbau des sie begleitenden Grenzhandels weiter gestärkt.

Im Januar dieses Jahres unterschrieben beide Länder ein relativ umfangreiches Handelsabkommen, worin u.a. die Installation einer thailändischen Bank in Vientiane, die "Thai Military Bank", geregelt wurde. Vereinbart wurde die Öffnung von fünf weiteren Grenzübergängen, je nach "lokalen Bedarf" sollen weitere folgen. Außerdem wurde im Rahmen eines Holz-Memorandums die Einrichtung eines "Gemeinsamen Arbeitsausschusses für Bauholzproduktion und -vermarktung" beschlossen. Darüber hinaus wird die Bildung eines gemeinsamen thai-laotischen Handelsausschusses, der Wege und Möglichkeiten zur Flexibilisierung des bilateralen Handels aufzeigen soll, angestrebt. Im März 1989 kamen beide Seiten zusätzlich überein, auch Gemeinschaftsunternehmen im Bereich der Warenproduktion, des Dienstleistungssektors, und der Rohstoffnutzung zu gründen. Gegenüber 1987 hat sich der Grenzhandel im Jahre 1988 verdoppelt. Mit Sicherheit wird sich dieser Trend fortsetzen.

vgl. FEER v. 27.7.; SOAA v. Jan. u. Mai 89